



## Medienmitteilung

Freitag, 1. Oktober 2010

# Die SP-Steuerinitiative schadet der Schweizer Wirtschaft

## Spitzenverbände der Wirtschaft starten Nein-Kampagne gegen die SP-Steuerinitiative

**Die SP-Steuerinitiative ist ein Angriff auf den Wirtschaftsstandort Schweiz. Sie erhöht die Steuern, schwächt die Kantone und mindert so die Standortattraktivität der Schweiz. Im Interesse von Wohlstand und Arbeitsplätzen wird sich die Wirtschaft gegen die schädliche SP-Steuerinitiative engagieren. Dies sagten Vertreter von economiesuisse, des Schweizerischen Gewerbeverbands und der Waadtländer Industrie- und Handelskammer an einer gemeinsamen Pressekonferenz.**

Die SP-Steuerinitiative verlangt eine für alle Kantone und Gemeinden geltende Mindestbesteuerung für hohe Einkommen und Vermögen. Den Kantonen und Gemeinden würde ein wichtiger Bestandteil ihrer Steuer- und Finanzautonomie weggenommen. Viele Kantone haben heute Steuersätze, die unter der von der SP geforderten Mindeststeuer liegen. Eine Annahme der SP-Steuerinitiative hätte in 16 Kantonen unmittelbare Steuererhöhungen zur Folge. Die Initiative schränkt den Steuerwettbewerb ein, schwächt die Kantone und vertreibt gute Steuerzahler ins Ausland. Das hat zur Folge, dass mittelfristig mit Fehlbeträgen in der Bundeskasse und im Finanzausgleich zu rechnen ist. Das trifft alle Steuerzahlenden und alle Regionen und schwächt den Standort Schweiz. Die SP-Steuerinitiative ist der erste Schritt eines umfassenden Steuererhöhungs- und Steuerharmonisierungsprogramms der linken Partei.

### **SP-Steuerinitiative führt zu höheren Steuern für alle**

Für Bruno Zuppiger, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, ist die SP-Steuerinitiative ein Angriff auf den Schweizer Föderalismus. Sie verunmöglicht, dass die Kantone und Gemeinden eine eigenständige Steuerpolitik verfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger können die Steuersätze nicht mehr frei bestimmen. Höhere Steuern für alle sind die Folge. „Die SP will die Bürgerinnen und Bürger bevormunden und ihnen möglichst viele Mitspracherechte entziehen“, sagt Zuppiger. „Mehr Staat, mehr Umverteilung und ein möglichst umfassendes zentrales Steuerdiktat sind das Ziel. Am liebsten hätte es die SP wie in den Hochsteuerländern der EU.“ Wandern gute Steuerzahlende infolge unüberlegter Steuererhöhungen ab, müssen der Mittelstand und das Gewerbe für die Ausfälle aufkommen.

### **Nachlassende Haushalts- und Ausgabendisziplin als Folge**

Gerold Bührer, Präsident von economiesuisse, sagt, dass die Initiative die Kantone und Gemeinden in ihrer Innovationskraft beeinträchtigt. Der heutige Steuerwettbewerb halte die Kantone und Gemeinden fit, indem sie ihre Steuermodelle im Interesse ihrer Standortattraktivität ständig überprüfen. Die SP-Initiative wolle damit Schluss machen und den Steuerwettbewerb aushebeln. „Weil die Kantone im gegenseitigen Vergleich nicht mehr attraktiv sein müssen, haben sie auch keinen Anreiz mehr, hausälterisch mit ihren Steuergeldern umzugehen. Überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen und ein aufgeblähtes Staatswesen sind die Folge.“ Das gelte es mit einem Nein am 28. November zu verhindern.

dern. Der Steuerwettbewerb solle auch in Zukunft seinen Beitrag an die Wettbewerbsfähigkeit und an den Wohlstand der Schweiz leisten.

**Steuersouveränität der Kantone ist nicht verhandelbar**

Auch wenn die welschen Kantone erst später von Steuererhöhungen betroffen sein werden, ist auch in der Westschweiz mit negativen Folgen zu rechnen. „Nachlassende Steuerattraktivität der Schweiz, verschärfter Subventionswettbewerb, Druck zur Harmonisierung der Steuerabzüge, Verringerung des finanziellen Spielraums, Schwächung des Steuerwettbewerbs – all dies ist nicht im Interesse der Westschweiz“, sagt Claudine Amstein, Direktorin der Waadtländer Industrie- und Handelskammer. Die Westschweiz müsse für den Erhalt der kantonalen Steuersouveränität kämpfen, damit die Kantone ihre Steuern und Einnahmen auch künftig entsprechend den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger festlegen können. Es gelte, die Finger von der Spirale der Steuererhöhungen zu lassen. Auf dem Spiel stehe der Wohlstand des ganzen Landes.

Rückfragen:

Gerold Bühner, Präsident economiesuisse, Tel. 079 406 60 13

Bruno Zuppiger, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Tel. 079 236 23 32

Claudine Amstein, Direktorin Waadtländer Industrie- und Handelskammer, Tel. 079 210 67 88

Ursula Fraefel, Leiterin Kommunikation economiesuisse, Tel. 079 505 52 87

Mehr Informationen:

[www.steuerinitiative-nein.ch](http://www.steuerinitiative-nein.ch)

**Medienkonferenz**  
**Nein zur SP-Steuerinitiative**  
Freitag, 1. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

## Die SP-Steuerinitiative schädigt die Kantone

Nationalrat Bruno Zuppiger, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP-Initiative hat negative Auswirkungen auf der ganzen Bandbreite der Steuerpolitik. Sie führt zu höheren Steuern für alle und richtet damit bei den Bürgerinnen und Bürgern Schaden im Portemonnaie an. Sie untergräbt aber auch unseren erfolgreichen Föderalismus, indem sie die steuerpolitische Autonomie der Kantone nach Bern verlagert. Auf diesen Punkt möchte ich heute den Fokus legen.

### Die Vorlage ist ein Angriff auf den Föderalismus

Die Schweiz ist in der Finanz- und Steuerpolitik so erfolgreich, weil die Kantone und Gemeinden dank dem Föderalismus weitgehend eigenständig sind: Die Kantone und Gemeinden sind verantwortlich für Einnahmen und Ausgaben. Das ist sinnvoll und hat sich als erfolgreich erwiesen, weil die Kantone das gewünschte öffentliche Angebot am besten kennen und ihre Steuersätze danach ausrichten.

Die SP greift mit ihrer Initiative massiv in den Föderalismus ein. Sie will allen Kantonen und Gemeinden einen starren Mindeststeuersatz vorschreiben: Die Grenzsteuersätze sollen für Einkommen ab 250'000 Franken auf 22 Prozent steigen, für Vermögen ab 2 Millionen Franken auf 5 Promille. Damit macht sie aus autonomen Kantonen einen steuerpolitischen Einheitsbrei, die eigenständigen Kantone werden zu Bittstellern in Bern. Attraktive Steuern werden von Bundes wegen verboten!

Das hat verheerende Folgen:

- **Die Steuern werden erhöht.** In 16 Kantonen werden die Steuern wegen der Initiative direkt erhöht. Davon sind aufgrund der Tarifsprünge nicht nur die höheren Einkommen und Vermögen, sondern auch die mittleren und tiefen Einkommen betroffen. Hat die SP zudem ihr Ziel der materiellen Steuerharmonisierung erreicht, lassen sich die Steuern sehr einfach erhöhen. Kantone, Gemeinden und Bürger können sich nicht mehr wehren. Die Schweiz wird zu einem Hochsteuerland. Das werden sich vor allem gute Steuerzahler nicht bieten lassen. Sie wandern ins Ausland ab. Weil sie für einen Grossteil der Steuern aufkommen und die Sozialwerke massgeblich finanzieren, hinterlässt ihr Wegzug eine grosse Lücke. Auch dafür wird der Mittelstand einspringen müssen.
- **Der Staat wird aufgebläht.** Die Steuerinitiative untersagt es den Kantonen, eine eigenständige Steuerpolitik zu betreiben. Die Kantone werden einander gleichgemacht. Dadurch wird auch der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen verunmöglicht. Die Folge davon ist ein träges Staatswesen, denn der Steuerwettbewerb hält heute Kantone und Gemeinden fit.

- **Die sparsamen Kantone werden bestraft.** Die Initiative bestraft die Kantone, die heute umsichtig mit ihrem Geld umgehen und die Steuern für die Bürgerinnen und Bürger tief halten. Denn mit der Initiative wird ihnen ein Mindeststeuersatz vorgegeben, den sie nicht unterschreiten dürfen. Auch wenn sie so gut haushalten, dass hohe Steuern gar nicht nötig wären.
- **Randgebiete und Kleinkantone werden benachteiligt.** Mit dem Verlust ihrer Steuerkompetenzen verlieren die Kantone ein wichtiges Instrument, um attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Heute haben Kantone und Gemeinden mit einer schlechteren Ausgangslage die Möglichkeit, mit einer gescheiterten Steuerpolitik gute Steuerzahler und Unternehmen in ihr Gebiet zu holen. Kantone wie Zug oder Schwyz, die lange als finanzschwache (Berg-)Kantone galten, haben sich dadurch in den letzten Jahren zu finanzstarken Kantonen entwickelt. Sie zahlen heute in den Finanzausgleich ein. Die SP-Steuerinitiative macht diese Verdienste wieder zunichte und befördert viele Kantone wieder zurück an den NFA-Tropf.

### **Eine moderate Steuerbelastung ist der Linken ein Dorn im Auge**

Die Initianten behaupten, sie sorgen mit ihrer Initiative für mehr Steuergerechtigkeit. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sorgen für ein höheres Steuerniveau und für einen Ausbau des Staates. Ihnen sind bürgernahe Steuern und eine moderate Steuerbelastung ein Dorn im Auge. Die SP will die Bürgerinnen und Bürger bevormunden und ihnen möglichst viele Mitspracherechte entziehen. Mehr Staat, mehr Umverteilung und ein möglichst umfassendes zentrales Steuerektat sind das Ziel. Am besten so wie in den Hochsteuerländern der EU. Anders kann ihre Steuererhöhungsinitiative nicht interpretiert werden. Dies wurde schon bei ihrer Lancierung offenkundig. Um ihr Ziel zu erreichen, schreckte die SP auch nicht davor zurück, mehrfach in Brüssel gegen die Schweiz zu lobbyieren. Und fiel damit dem Bundesrat, den Kantonen und allen Steuerzahlenden in den Rücken. Sie versuchte via EU, den Steuerwettbewerb in der Schweiz verbieten zu lassen. Die SP-Delegation zeigte sich überzeugt, „dass der Druck der EU auf die Schweiz eine positive Diskussion auslösen wird“. Brüssel nahm diese Einladung dankbar an. In der Folge setzte der ehemalige deutsche Finanzminister Hans Eichel, ein langjähriger Kritiker der Schweizer Steuerpolitik, die Steuerkonkurrenz auf die Agenda der Europäischen Sozialisten. Und aus der Zentrale der Partei der Europäischen Sozialisten kam postwendend die Aufforderung: „Wir rechnen fest mit der Mitarbeit der Schweizer Sozialdemokraten.“ Die SP Schweiz lancierte entsprechend noch im selben Jahr ihre Steuererhöhungsinitiative. Fährt die Schweiz die gleiche Hochsteuerpolitik wie die EU, ist das verheerend für unsere Wirtschaft, insbesondere für die KMU und für das Gewerbe.

### **Schadet Gewerbe und KMU**

Gerade gegen diese unnötige Schwächung unserer Klein- und Mittelbetriebe (KMU) wehre ich mich als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands ganz besonders. Die SP zielt populistisch auf die Abzocker, bestraft aber Erfolg und Leistungsbereitschaft des Mittelstands. So wird in einem guten Geschäftsjahr mittelständischen Unternehmern ein erheblicher Teil des Einkommens wegbesteuert, der dann als Reserve in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten fehlt. Denn viele Unternehmer investieren massgebliche Anteile des Erwirtschafteten wieder in ihren Betrieb, um konkurrenzfähig zu bleiben. Die Initiative richtet auch beim Generationenwechsel von Familienbetrieben grossen Schaden an. Anstatt dringende Investitionen vornehmen zu können und Arbeitsplätze zu sichern, müssen die Nachfolger künstlich überhöhte Steuerrechnungen an den Staat bezahlen. Damit schadet die Initiative mit ihren Steuererhöhungen nicht nur den international ausgerichteten KMU, sondern auch dem regionalen Gewerbe in allen Kantonen.

### **Die Steuerinitiative ist erst der Anfang**

Die Steuerinitiative ist erst der erste Schritt in Richtung Hochsteuerland Schweiz und Gleichmachung der Kantone. Die Initianten schreiben selbst: „Die Initiative kann die Basis für allfällige weitere Harmonisierungsschritte sein.“ Wir müssen die Eigenständigkeit unserer Kantone und Gemeinden mit allen Mitteln verteidigen. Sie hat uns einen schlanken Staat und tiefe Steuern beschert. Deshalb Nein zur SP-Steuerinitiative am 28. November. Weil die Kantone auch weiterhin selbstständig bleiben sollen. Sie wissen am besten, welche Steuerpolitik für den Wohn- und Arbeitsort die richtige ist.

**Medienkonferenz**  
**Nein zur SP-Steuerinitiative**  
Freitag, 1. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

## Die SP-Steuerinitiative erhöht die Steuern für alle

Gerold Bührer, Präsident economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Steuerinitiative der SP ist ein Angriff auf den Steuerwettbewerb und damit auf einen zentralen Standortvorteil der Schweiz. Denn der Steuerwettbewerb hat unserem Land in den letzten Jahren viel Wohlstand gebracht:

- **Der Steuerwettbewerb hat das Wirtschaftswachstum begünstigt.** Ein attraktives steuerpolitisches Umfeld ist essenziell für unseren Wirtschaftsstandort. Der Steuerwettbewerb sorgt für tiefe Steuern, das zeigt auch der internationale Vergleich: Länder mit Steuerwettbewerb bzw. mit einer wachstumsorientierten Steuerpolitik wie die Schweiz haben tiefe Steuern, während Länder mit Steuerkartellen wie Deutschland, Frankreich oder Italien sehr hohe Steuerquoten aufweisen. Der Steuerwettbewerb hat massgeblich zu den regelmässigen Topplatzierungen der Schweiz im Ranking der wettbewerbsfähigsten Länder beigetragen. Die Bilanz ist klar: Die steuerliche Attraktivität ist zu einem Motor für Wachstum und Arbeitsplätze geworden.
- **Der Steuerwettbewerb hat die Steuereinnahmen erhöht.** Durch den Steuerwettbewerb sind die Steuereinnahmen der Kantone seit 1998 um durchschnittlich 40 Prozent angestiegen. Die Steuereinnahmen sind damit deutlich schneller gewachsen als die Wirtschaft. Diese Zahlen belegen: Der „ruinöse Steuerwettbewerb“ ist eine Mär. Dieses falsche Bild gehört in die Mottenkiste. Ohne die Innovation des Steuerwettbewerbs wären die Fiskaleinnahmen deutlich weniger stark gewachsen.
- **Der Steuerwettbewerb hat die Steuern gesenkt.** Die durchschnittliche steuerliche Belastung durch Bundes-, Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern hat beispielsweise für eine ledige Person mit einem Bruttoeinkommen von 80'000 Franken seit 2000 um durchschnittlich zehn Prozent oder 1100 Franken abgenommen. Ohne die positiven Auswirkungen des Steuerwettbewerbs auf die Steuerkraft wären diese Erleichterungen nicht möglich gewesen.

Diese Aufzählung zeigt: Der Steuerwettbewerb hat in den letzten Jahren alle zu Siegern gemacht. Zudem ist es ein fairer und gesunder Wettbewerb: Der Neue Finanzausgleich sorgt dafür, dass die unterschiedlichen strukturellen Rahmenbedingungen der Kantone finanziell abgegolten werden.



Die SP setzt diese Errungenschaften mit ihrer Steuerinitiative leichtfertig aufs Spiel. Sie unterbindet den erfolgreichen Steuerwettbewerb, indem sie den Kantonen und Gemeinden einen einheitlichen, starren Mindeststeuersatz vorschreibt.

Das hat für uns alle insbesondere folgende vier Auswirkungen:

1. **Die Initiative führt zu Steuererhöhungen für alle.** 16 Kantone werden zu direkten Steuererhöhungen gezwungen, ohne dass es dafür einen Grund gäbe. Steuererhöhungen auf Vorrat sind jedoch sinnlos, sie führen letztlich zu unüberlegten Ausgaben und zu einem aufgeblähten Staatswesen. Betroffen von Steuererhöhungen sind zudem nicht nur höhere Einkommen und Vermögen, wie es die Initianten uns vormachen. Es wird auch die tiefen und mittleren Einkommen treffen: Denn gemäss der SP-Initiative käme es zu willkürlich festgelegten Einkommens- und Vermögensgrenzen mit grossen Tarifsprüngen. Um diese auszugleichen, müssen auch die Steuern für mittlere und tiefere Einkommen erhöht werden. Selbst die Initianten sprechen von „Steuererhöhungen Richtung mittlere Einkommen“ und erklären: „Die Kantone sollten ihre Steuertarife als gleitende Kurven gestalten und vernünftigerweise keine abrupten Sprünge in der Grenzsteuerbelastung vorsehen. Je tiefer das allgemeine steuerliche Niveau in den Kantonen heute ist, desto mehr ziehen sich die Steuererhöhungen Richtung mittlere Einkommen.“ Das Steuerniveau in der Schweiz wird aufgrund der Initiative also generell steigen.
2. **Die Initiative führt zu einer nachlassenden Haushalts- und Ausgabendisziplin.** Weil die Kantone im gegenseitigen Vergleich nicht mehr attraktiv sein müssen, haben sie auch keinen Anreiz mehr, haushälterisch mit ihren Steuergeldern umzugehen. Überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen und ein aufgeblähtes Staatswesen sind die Folge.
3. **Die Initiative beeinträchtigt steuerpolitische Innovationen.** Der Steuerwettbewerb hält die Kantone und Gemeinden fit, sie überprüfen ihre Steuermodelle im Interesse ihrer Standortattraktivität. Ein Beispiel sind die Flat-Rate- und Zweistufenmodelle in verschiedenen Kantonen. Mit der Abschaffung des Steuerwettbewerbs ginge auch der Anreiz zur Verbesserung der Steuermodelle verloren.
4. **Die Initiative schadet der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz.** Tiefe Steuern – nicht nur Unternehmenssteuern, sondern auch tiefe Einkommens- und Vermögenssteuern – sind ein entscheidendes Argument bei der Standortwahl von Unternehmen und Privaten. Denn potenzielle Investoren achten auch auf die Steuerbelastung ihrer Mitarbeitenden. Die Initiative führt zu einem höheren Steuerniveau und verschlechtert damit die Position der Schweiz im weltweiten Standortwettbewerb. Auf die Bevölkerung und die Unternehmen kommen im nächsten Jahr aber ohnehin schon grosse Mehrbelastungen zu: Die Mehrwertsteuer steigt um 0,4 Prozentpunkte auf nunmehr acht Prozent; die Lohnabzüge werden zugunsten der Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht; die Lohnabzüge für die Erwerbersatz- und Mutterschaftsversicherung werden auf 0,5 Prozent beinahe verdoppelt; die Krankenkassenprämien steigen ebenfalls deutlich. Und die Wirtschaft leidet unter dem schwachen Euro- und Dollarkurs. Unnötige zusätzliche Steuererhöhungen gilt es deshalb zu verhindern. Die SP gefährdet mit ihrer Steuerinitiative das Wachstum und damit zahlreiche Arbeitsplätze.

Die Steuerinitiative der SP setzt Bewährtes leichtfertig aufs Spiel. Sie stellt die Weichen für weniger staatliche Ausgabendisziplin und für hohe Steuern. Dies gilt es mit einem Nein am 28. November zu verhindern. Der Steuerwettbewerb soll auch in Zukunft seinen Beitrag an die Wettbewerbsfähigkeit und an den Wohlstand der Schweiz leisten.



**Medienkonferenz**  
**Nein zur SP-Steuerinitiative**  
Freitag, 1. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

## Die SP-Steuerinitiative bedroht unseren Wohlstand

Claudine Amstein, Direktorin der Waadtländer Industrie- und Handelskammer (CVCI)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die allgemeine Steuerbelastung der natürlichen und juristischen Personen ist ein wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortattraktivität. Die Schweiz hat in dieser Hinsicht gute Karten. Die Mehrwertsteuer ist in der Schweiz halb so hoch wie der niedrigste Satz in Europa und auch die Steuerbelastung ist geringer als in vielen anderen Ländern.

Das Tüpfelchen auf dem i: Die Schweiz hat die jüngste Wirtschaftskrise überstanden, ohne in konjunkturellen Aktivismus zu verfallen und ohne in die Schuldenfalle zu rutschen. Der Bund konnte die Schulden sogar abbauen! Mit anderen Worten: Die öffentlichen Finanzen sind gesund und es gibt keinen Grund für eine Steuererhöhung.

Vor diesem Hintergrund ist die SP-Steuerinitiative hoch riskant. Die Annahme verursacht eine Steuererhöhung, die völlig überflüssig ist, weil sie keinem Finanzbedarf entspricht. Das allgemeine Steuerniveau steigt nicht nur für die ausdrücklich anvisierten Einkommen, sondern auch für die mittleren Einkommen an. Wie die Vorredner betont haben, wirken sich Steuererhöhungen unweigerlich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus.

Höhere Steuern beeinträchtigen zudem die Standortattraktivität der Schweiz. Bei Annahme der Initiative könnte unser Land weniger Unternehmen, besonders aus dem Ausland, anlocken. Ein Unternehmen, das sich in der Schweiz niederlässt, berücksichtigt nämlich zahlreiche „Rahmenbedingungen“ wie wirtschaftliche Öffnung und Marktzugang, politische Stabilität, Qualität der Arbeitskräfte, Infrastrukturen und – natürlich – auch das Steuerklima. Das Steuerklima umfasst neben der Unternehmenssteuer auch die Besteuerung der natürlichen Personen. Heute sind die Kantone und Gemeinden in der Lage, mit attraktiven Steuersystemen Steuerpflichtige zu behalten bzw. anzulocken. Deren Aktivität und Steuerleistungen kommen der ganzen Schweiz zugute – über die direkte Bundessteuer und über den Finanzausgleich. Dadurch werden jährlich mehrere Milliarden Franken umverteilt, um die unterschiedliche Steuerkraft bzw. Lasten der Kantone auszugleichen.

### **Die Initiative ist überflüssig**

Neben den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Mängeln ist die SP-Initiative auch überflüssig: Eine Forderung – das Verbot der degressiven Steuern – ist hinfällig geworden. Die Initiative sollte den Kanton Obwalden ja daran hindern, degressive Steuern für hohe Einkommen einzuführen. Über diese Frage muss nun aber nicht mehr abgestimmt werden, denn das Bundesgericht hat die Degression bereits zurückgewiesen. Erwähnenswert ist allerdings, dass das Bundesgericht den Steuerwettbewerb per se gestützt hat. Er bildet ebenso wie der Finanzausgleich einen festen Bestandteil unseres Systems.

### **Ein Ja zur Initiative würde die ganze Schweiz betreffen**

Als Vertreterin der Wirtschaft des Kantons Waadt und als Westschweizer Kantonsparlamentarierin möchte ich noch einige Aspekte hinzufügen.

Es scheint zwar, als sei die Westschweiz von der Initiative nicht betroffen; in der Westschweiz gelten für die betroffenen Einkommenskategorien bereits höhere Steuersätze, als die SP im Initiativtext verlangt. Die Westschweiz bekäme aber indirekt alle Konsequenzen der Annahme zu spüren: nachlassende Steuerattraktivität der Schweiz, verschärfter Subventionswettbewerb, Druck zur Harmonisierung der Steuerabzüge, Verringerung des finanziellen Spielraums, Schwächung des Steuerwettbewerbs. Der Steuerwettbewerb ist zwar in der Westschweiz weniger lebhaft, doch seit rund zehn Jahren zeichnet sich auch ein Trend zur Senkung der direkten Steuern ab. Der Steuerwettbewerb spornt ausserdem die öffentliche Hand zu einem optimalen Umgang mit den Ressourcen an. Auch hier liegt es im wohlverstandenen Interesse der Westschweiz, dass der Effizienzdruck anhält, weil dieser zur Verbesserung des eigenen Finanzgebarens führt. Der Steuerwettbewerb ist für die Steuerpflichtigen und die Wirtschaft des ganzen Landes vorteilhaft und soll nicht bekämpft werden.

### **Die Souveränität der Kantone steht zur Disposition**

Die Westschweizer Kantone sehen das Steuerniveau einiger kleiner Deutschschweizer Kantone ohne Eifersucht. Sehr bedacht sind sie dagegen auf den Erhalt ihrer eigenen Steuersouveränität. Die SP-Initiative würde die Steuerautonomie – die Grundlage unseres Bundesstaates – aushöhlen. Deshalb lehnen wir die Initiative ab. Die Kantone müssen ihre Steuern und Einnahmen auch künftig entsprechend den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger frei festlegen können und dabei wie erwähnt maximale Effizienz anstreben. Lassen wir die Finger von der Spirale der Steuererhöhungen – sie setzt den Wohlstand der ganzen Schweiz aufs Spiel.